

Schweizerische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **40 (1946)**

Heft 12

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ein neuer Hitler ist, aber wohl vielleicht der Vorläufer eines solchen, kurz ein gefährlicher Mann“, so sollte das zu denken geben. Wir haben die verhängnisvolle Rolle nicht vergessen, welche die deutsche Sozialdemokratie von 1914 bis 1933 — es führt eine gerade Linie von der Bewilligung der ersten Kriegskredite bis zu Hitlers Machtantritt — gespielt hat und die heute noch keineswegs umgekehrt ist oder auch nur verleugnet wäre!

*

Haben wir nun, im Rückblick auf 1946, wirklich Grund zur Entmutigung, zum Schwarzsehen, zum Unheilprophezeien? Ich glaube nicht. Wir brauchen sicherlich Nüchternheit, Vorurteilsfreiheit, illusionslose Klarheit in der Beurteilung von Menschen und Dingen, brauchen tägliche Wachsamkeit und geduldig aufbauende Tapferkeit. Aber dann dürfen wir auch das Vertrauen haben, daß es nicht ein sinnloses Walten roher und blinder Kräfte ist, was wir um uns her erleben, sondern die wenn auch durch noch so viel Gerichte und Leiden hindurch geschehende, immer völliger Entfaltung des Sinnes der Menschheitsgeschichte, zu dessen Verständnis uns der Stern von Bethlehem führen will und an dessen Erfüllung wir alle mitzuarbeiten berufen sind. Das neue Jahr, in das wir bald eintreten werden, soll uns auf unserem Posten finden!

10. Dezember.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Es wird Geld gemacht Im schreienden Gegensatz zu den meisten Ländern, die den Krieg erlitten haben, erfreut sich die Schweiz einer glänzenden materiellen Lage. Ähnlich Amerika erlebt sie gegenwärtig eine *Nachkriegskonjunktur*, die einen wahren Goldregen über ihre oberste Verdienerschicht ausschüttet. Es wird jetzt unter uns Geld gescheffelt wie nur selten zuvor; eine fiebrige Produktions-, Neugründungs- und Exporttätigkeit ist im Gange von einem Ausmaß, das auch einen Teil der Nutznießer des großen „Segens“ schwindelig macht und jedenfalls alle diejenigen, die einen Ueberblick über die Gesamtwirtschaft haben, zu — natürlich ungehört bleibenden — Warnungen vor dem drohenden Rückschlag veranlaßt. Die augenblickliche Geschäftsblüte ist denn auch tatsächlich nicht so sehr ein Gesundheits- als ein *Krankheitszeichen*, ein Ausdruck des regellosen, allein von der Aussicht auf privaten Gewinn, nicht auf die Gesamtbedürfnisse der Verbraucher, geleiteten Draufloswirtschaftens, das als der Weisheit letzter Schluß gilt, und das doch unverkennbar einem vielleicht nur allzunahen, jedenfalls wohl jähen Absturz entgegentreibt. Dies um so sicherer, als diese Hochkonjunktur

die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die für die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnend ist¹⁾, noch weiter verschärft und damit eine der Dauerursachen der periodischen Wirtschaftsstörungen, die ungenügende Kaufkraft der Volksmehrheit, auf neue stärkt.

Denn trotz der großen Nachfrage nach Arbeitskräften, die jetzt besteht, und die die Verhandlungsposition der organisierten *Arbeiter-schaft* so sehr verbessert hat, nehmen ja die Arbeiter und Angestellten an der zur Zeit vor sich gehenden Reichtumsvermehrung nur in völlig unbefriedigendem Maße teil. Besonders die Lohnerhöhungen, die sich die Arbeiter im ablaufenden Jahr mit Hilfe ihrer Gewerkschaften in einer großen Zahl von Streikbewegungen erkämpft haben, reichen kaum aus, um die immer noch wachsende *Teuerung* auszugleichen, die in Wirklichkeit weit fühlbarer ist, als die eine Preissteigerung von „nur“ 50 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand anzeigende Statistik annehmen ließe. Und da eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus eben unvermeidlicherweise auch eine neue Erhöhung des Preisstandes bewirkt, so sieht die Arbeiter- und Angestelltenklasse auch die neugewonnene Einkommenserhöhung wieder in Nichts zerfließen, wenn nicht dieser ewigen Umdrehung der Lohn-Preis-Schraube durch eine

grundlegende Neuordnung der Wirtschaft

ein Ende gemacht wird. Auf den gleichen Weg werden die Lohnempfänger durch die Aussicht auf eine neue Wirtschaftskrise gedrängt, wie sie eigentlich jeder Einsichtige erwartet. Eine einzige längere Zeit von Massenarbeitslosigkeit frißt ja alle Ersparnisse weg, die sich der Arbeiter und Angestellte in den „guten Jahren“ etwa hat zurücklegen können; eine einzige Krisenperiode droht alle Errungenschaften wieder zunichte zu machen, die in mühsamer Gewerkschaftsarbeit während der ganzen vorausgegangenen Aufschwungszeit erkämpft worden waren. Trotz allem Widerstreben der Kurzsichtigeren unter den Gewerkschaftsführern und trotz allem interessierten Gezeter über Klassenkampf und Marxismus werden die organisierten Arbeiter eben doch unwiderstehlich zum Kampf für eine Gesamtumwälzung unserer Wirtschaftsordnung gezwungen, so wie das auch im Ausland — zum Beispiel in England und Frankreich, aber auch schon in Amerika — immer mehr der Fall ist. Ein Schritt auf diesem Weg ist denn auch das von der Sozialdemokratischen Par-

¹⁾ Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wehrsteuer (Periode 1941/1942) haben rund 100 000 Steuerpersonen nicht einmal 2000 Franken *Einkommen* im Jahr und 450 000 (= 66 Prozent der Gesamtzahl) ein solches von höchstens 5000 Fr., während eine Oberschicht von 3000 Personen (0,5 Prozent) ein mittleres Einkommen von 85 000 Fr. jährlich bezieht. Vom *Volksvermögen* aber sind 42 Prozent in den Händen von nur 15 600 Personen, das sind 2,5 Prozent aller deklarationspflichtigen Schweizer. *Hier* werden die realen Grundlagen unserer „Demokratie“ sichtbar.

tei und vom Gewerkschaftsbund gemeinsam eingereichte Volksbegehren für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit*, das nach der Verwerfung der unzulänglichen, innerlich gebrochenen Initiative des Landesarings der Unabhängigen im neuen Jahre rasch in den Vordergrund der politischen Bühne treten dürfte. Hoffentlich wird es nicht etwa zugunsten eines wässerigen Gegenvorschlages oder gar der fast- und kraftlosen neuen Wirtschaftsartikel zurückgezogen, die nachher zur Abstimmung kommen sollen; der Kampf um die sozialistisch-gewerkschaftliche Initiative gibt, einerlei wie er zunächst enden mag, willkommene Gelegenheit, den Gedanken der *sozialen Planwirtschaft* in vermehrtem Maß ins Volk hinauszutragen und es für die unaufschiebbaren Zeitnotwendigkeiten bereit zu machen. Die gesellschaftliche Umwälzung, die in Europa und in der Welt überhaupt angehoben hat, wird nicht vor dem berühmten „konservativen Sinn des Schweizers“ Halt machen!

Widerstand von oben Daß die herrschende Klasse allen solchen Begehren den erbittertsten Widerstand entgegenzusetzen und dagegen alle Mittel der Volksbeeinflussung aufbieten wird, die in ihren Händen sind, ist selbstverständlich. Wie knorzig ihre Gesinnung ist, sieht man ja neuerdings an der vorerst freilich noch etwas verdeckten Opposition eines Teiles des Besitzbürgertums gegen die *Altersversicherung*, die nun auch den Ständerat passiert hat und sich nächstes Jahr ziemlich sicher der Feuerprobe der Volksabstimmung zu unterziehen haben wird (was gar kein Unglück ist). Der Kampf darum wird vermutlich in der zweiten Hälfte 1947 ausgetragen werden, so daß dann die bescheidene, aber dennoch wohlthätige und natürlich erweiterungsfähige Reform auf Anfang 1948 in Kraft treten kann, sofern sie beim Souverän Gnade findet. Das steht allerdings noch keineswegs fest, da infolge der überradikalen Haltung der Partei der Arbeit nicht einmal in der „Volksfront“ Einheit herrscht, nicht zu reden von den antisozialen Kräften von rechts, die gegen das Werk anstürmen werden.

Antisozialer Geist der Rechten ist es auch, der einer durchgreifenden Reform der *Bundesfinanzen* im Wege steht, so gebieterisch sich diese Aufgabe auch in der kommenden Zeit vor Volk und Räte hinstellen wird. Mit bloßen Sparmaßnahmen auf Kosten der sozial- und kulturpolitischen Pflichten der Eidgenossenschaft, wie sie bei der Budgetberatung in der Wintertagung der Bundesversammlung erzwungen werden wollten, ist der Bundeshaushalt nicht ins Gleichgewicht zu bringen, noch abgesehen von der großen Schuldenlast, die abgetragen werden muß. Dies um so weniger, als der Sparwille der bürgerlichen Parteien meistens gerade dort verfaßt, wo er am ersten anpacken sollte: bei den ganz unverantwortlich aufgeblähten *Militärausgaben*, die für unsere großen Patrioten eben einfach tabu sind.

Abrüstung und Kriegsverhinderung

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung, verstärkt durch etliche linksbürgerliche Zuzüger, hat zwar einen Vorstoß zugunsten einer Begrenzung der militärischen Aufwendungen für 1947 auf 300 Millionen Franken (statt der nach verschiedenen Abstrichen schließlich noch geforderten 433 beziehungsweise 380 Millionen) gemacht, ist aber damit nicht einmal im Nationalrat durchgedrungen, ungerechnet den nicht zu überwindenden Widerstand, den der Ständerat solchen Attentaten auf die heiligsten Güter der Nation entgegengesetzt hätte. Man wird sich darum ernstlich überlegen müssen, ob nicht, wie hier schon einmal angeregt wurde, eine *Volksinitiative* für die Beschränkung der Militärausgaben auf ein bestimmtes Höchstmaß eingeleitet werden sollte. Angesichts der ausschweifenden Rüstungsphantasien der Militärkreise, deren Verwirklichung allen sozialpolitischen Fortschritt lähmen, die demokratiewidrigen Kräfte aber neu beleben müßte, fände ein solches Begehren in weiten Kreisen des Volkes gewiß gute Aufnahme. Allein neben den großen Schwierigkeiten, die seine Formulierung machen würde, und den mancherlei Möglichkeiten, eine entsprechende Verfassungsvorschrift einfach zu umgehen — im „Ritzen“ der Verfassung sind sie ja in Bern Meister —, erhebt sich gegen dieses Verfahren das große Bedenken, daß es den Kampf um die Kriegsrüstungen auf den Boden der bloßen Zweckmäßigkeit verlegte, wo ihn die „Fachleute“ mit ihrem Appell an den „Wehrwillen“ zuletzt doch immer gewinnen müßten (die Affäre der Wiederholungskurse für 1947 hat es eben erst wieder erwiesen), und daß es von dem *grundsätzlichen* Kampf gegen alle nationalen Sonderrüstungen und für die *kollektive* Kriegsverhinderung und Landesverteidigung ablenken müßte, diesem Kampf, den wir nun immer klarer und fester führen sollten. Wir müssen in der Tat mit ganzer Entschiedenheit darauf bestehen, daß es für die Schweiz bei ihren begrenzten Mitteln und bei der Aussicht auf die völlige Zerstörung Europas im Fall eines neuen Krieges zwischen Großmächten sinnlos geworden ist, sich aus eigener militärischer Kraft schützen zu wollen, und daß ihre Hoffnung auf Selbstbehauptung einzig in der Beteiligung an einer übernationalen Organisation zur Verhinderung von Kriegen und zum Schutz ihrer Mitglieder liegt. Der Bericht General Guifans über den Aktivdienst 1939/45, der mit einem für militärgläubige Seelen geradezu bestürzenden Freimut das völlige Ungenügen der militärischen Vorbereitung der Schweiz auf den Kriegsfall enthüllte, und die Gegenpolemik hoher Offiziere, die ihrerseits General Guifan bescheinigten, er bekunde „einen erstaunlichen Mangel an Erkenntnis der Grenzen des Möglichen im Hinblick auf die militärpolitische Lage der Schweiz“, und kühl feststellten, „für eine überlegene operative Führung des Heeres im Aktivdienst fehle jeder Beweis“ — solche Dinge vermögen uns in unserer Ueberzeugung nur zu

bestärken und sind geeignet, das blinde Vertrauen in den Militärgötzen auch im Volke draußen ernstlich zu erschüttern.

Die Einsicht in die Notwendigkeit, unter Verzicht auf eine trügerische Neutralität, Sicherheit für die Schweiz durch Anschluß an die Vereinten Nationen zu suchen, hat denn auch, so viel wir sehen, während des zu Ende gehenden Jahres mindestens auf der Linken an Boden gewonnen, trotz den billigen Einwänden gegen Verfassung und Praxis der UNO²⁾. Das Gesetz der Trägheit, das Armee und Neutralität einen scheinbar unverrückbaren Platz in der Gefühlswelt der Schweizer behaupten läßt, ist zwar noch beinahe übermächtig; aber das kann uns nur veranlassen, mit desto größerer Zähigkeit daran zu arbeiten, daß sich das Bewußtsein des Volkes, das von einer ganz anders gearteten europäischen Umwelt geformt worden ist, den neuen Tatsachen des internationalen Lebens anpaßt und daraus die gebotenen Folgerungen zieht.

Direkter Kampf Es liegt mir daran, in diesem Zusammenhang auch **gegen den Krieg** wieder einmal auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den *direkten* Kampf gegen den Krieg, der die Ablehnung jeglicher Beteiligung an Vorbereitung und Führung eines Waffenkampfes einschließt, mit neuem Nachdruck aufzunehmen. Ich kann das nicht besser tun als mit den Worten, die Frank Lea, der neue Redaktor der Londoner „Peace News“, unlängst dieser Aufgabe gewidmet hat:

„Jahrhundertlang haben die Völker der Lehre vom ‚kleineren Uebel‘ gehuldigt. Worauf ist sie aber hinausgelaufen? Darauf, daß in Kriegszeiten jedes Mittel, wie rücksichtslos es auch sei, gerechtfertigt werden könne, wenn nur der Feind es zuerst gebraucht habe. Er habe sich damit selbst als den Unmoralischeren und seinen Sieg als das größere Unglück erwiesen. Aber der Wettbewerb in Bestialität, zu dem das führt, hat nunmehr einen Punkt erreicht, an dem ‚größer‘ und ‚kleiner‘ bedeutungslos werden. Auf dem Niveau, auf dem heute Kriege geführt werden, gibt es zwischen den Mitteln, deren Anwendung man uns befiehlt, keinen Unterschied mehr, den sich unser Gewissen verdeutlichen könnte. Der Krieg ist etwas absolut Böses geworden, und es bleibt nichts anderes mehr übrig, als auf ihn überhaupt zu verzichten.“

²⁾ Äußerungen wie die kürzlich in der „Stimme der Arbeit“, des populären Organs des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, gemachte: „Wir sollten unsere Neutralität nicht wie ein altes Hemd ablegen, solange an ihre Stelle nichts Besseres gesetzt werden kann und sie der einzige ruhende und saubere Punkt in der Flucht sehr unsauberer Erscheinungen ist“, solche Äußerungen werden allmählich doch als unmöglich empfunden. Und ihr Urheber ist ja auch glücklicherweise, zum Lohn für seine Linientreue, als Sozialattaché in die Gesandtschaft in Washington befördert worden, wo er hoffentlich weniger Schaden wird als an maßgebender Stelle im Gewerkschaftsbund.

... Das Gebot des Gewissens ist, Böses mit Gutem zu vergelten. Nun sagt man freilich den Pazifisten — und sie müssen es bis zum Ueberdruß hören —: ‚O ja, eure Haltung war vielleicht ganz richtig etwa zur Zeit der Hohenzollern, die schließlich noch verhältnismäßig gesittet waren; aber gegenüber Hitler (oder Stalin) ...‘ Dieser Beweisgrund ist völlig falsch. Er besagt, auf gut deutsch, nichts anderes als: ‚Gegenüber einer mäßigen Schurkerei braucht es eine hochstehende christliche Moral; gegen glatte Teufelei aber kommt nur eine niedrigere Moral auf.‘ Das genaue Gegenteil ist wahr. Je größer das Böse, um so größer das Gute, das es braucht, um mit ihm fertig zu werden. Ein Mazzini mag ausgereicht haben, um die Autorität eines Metternich zu erschüttern; ein Nero verlangt Märtyrer wie Petrus und Paulus. Die Zeit ist gekommen, um der Lehre vom ‚kleineren Uebel‘, die sich schließlich selber ad absurdum geführt hat, die vom ‚größeren Guten‘ entgegenzustellen.

... Wir kennen nicht alle Wirkungen der Dienstverweigerung; aber soviel wissen wir, daß sie einen Menschen für immer davon freimacht, mit der Bibel in der einen Hand und mit dem Schwert in der anderen zu kämpfen und damit beide in Unehre zu bringen. Wenn die Feinde der Freiheit wirklich die Bibel fallen gelassen und mit beiden Händen das Schwert ergriffen haben, dann ist es nur um so notwendiger, daß wir das Schwert fallen lassen und mit beiden Händen die Bibel ergreifen.“

Sollte eine solche Stimme die waffentragenden und den Abwehrkrieg bejahenden Christen nicht im Innersten aufrütteln?

Ausblick Wenn wir zuletzt noch einen Blick auf die parteipolitische Entwicklung während der Berichtszeit werfen wollen, so stechen uns vor allem zwei Tatsachen ins Auge. Einmal der kräftige *Ruck nach links* bei den kantonalen Wahlen in *Zug* und *Freiburg*: die Sozialdemokratische Partei (die übrigens im Freiburgischen ausgesprochen „links“ anhält) hat in beiden Kantonen fast sensationelle Fortschritte gemacht, während die Katholisch-Konservativen ihre Mehrheitsstellung in Zug zum erstenmal seit 75 Jahren verloren haben und sie in Freiburg, ihrem stärksten Bollwerk, bedenklich erschüttert sehen. Und sodann der Fortschritt des Fäulnisprozesses in der *Partei der Arbeit*. Denn daß deren jüngster Parteitag nicht einmal die Kraft und elementare Sauberkeit aufgebracht hat, sich von einem Hofmaier zu trennen, der als oberster Funktionär einer sozialistischen Partei von einem kapitalistischen Kriegsgewinnler eine Million Franken (!) angenommen und sie leichtsinnig verpulvert hat, unter mindestens wohlwollender Duldung und Beteiligung anderer Vertrauensleute der Partei, das zeigt einfach eine bedenkliche innere Zersetzung dieser Bewegung an, aus der etwas anderes hätte werden können, wenn sie recht geführt worden wäre.

Und unfer Schluß aus all dem? Er bleibt immer der gleiche: Gegenüber dem zähen Beharrungsvermögen und versteinerten Widerstand der (im falschen Sinne) konservativen Kräfte tut eine (im rechten Sinne geschehende) Radikalisierung aller Erneuerungskräfte not, eine Regeneration der Schweiz aus der größten Tiefe, die sie erreichen mag, eine Erschütterung ihres ganzen lebensgefährlich verkrusteten Wesens. Daß sie doch *bald* erfolge — „ehe denn die bösen Tage kommen und die Jahre herzutreten, da du wirst sagen: Sie gefallen mir nicht“!

13. Dezember.

Hugo Kramer.

Die Tagung der Freunde der „Neuen Wege“ und der „Religiös-sozialen Vereinigung“

Wenn man die außerordentlich zahlreiche Teilnehmerfchar an der diesjährigen Jahresversammlung der Vereinigung der Freunde der Neuen Wege und der Religiös-sozialen Vereinigung überblickte, die am 2. und 3. November 1946 in Zürich stattfand, durfte man mit Genugtuung konstatieren, daß das Interesse an der Zeitschrift trotz des Hinschiedes ihres langjährigen Redakteurs nicht erlahmt ist. Wie oft konnte man früher etwa von Gegnern, gelegentlich sogar von Freunden, die Auffassung vertreten hören, daß die „Neuen Wege“, ja sogar die religiös-soziale Bewegung nur von Leonhard Ragaz leben und mit ihm sterben werden. Ihn selber haben solche Äußerungen, die er wohl mehr ahnte als direkt vernahm, sehr bewegt und beschäftigt. Und wenn er sich auch oft schwere Sorgen machte um die Zukunft der Neuen Wege und der Bewegung, die sie vertreten, so hat er doch mit dem ihm eigenen glühenden Glauben an die Wahrheit und Kraft der religiös-sozialen Botschaft seiner festen Ueberzeugung Ausdruck gegeben — in ergreifender Weise tat er dies kurz vor seinem so unerwartet erfolgten Tode anlässlich der Jahresversammlung der Neuen Wege im Oktober 1945 — daß, sollte er zurückbleiben, sich jemand finden werde, der die Neuen Wege weiterführen würde. „Mein Blick in die Zukunft der ‚Neuen Wege‘ ist tröstlich und voll Zuversicht“, so schloß er damals den Bericht über seine redaktionelle Tätigkeit. Und wieder, wie oft, war diese Zuversicht nicht falsch: die Menge der Teilnehmer an der diesjährigen Tagung und ihre lebendige Aufgeschlossenheit für die religiös-soziale Sache hätten sicher Leonhard Ragaz mit Freude erfüllt.

Die „Neuen Wege“ haben im verflossenen Jahr, wie der Präsident der Vereinigung, Pfarrer Lejeune, den anwesenden Freunden berichtete, ihren Abonnementsbestand behalten; ja, er hat sich eher erhöht, besonders deshalb, weil die Zeitschrift nun wieder ins Ausland